



Presseschau vom 31.07.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Nach Luftangriff von US-Koalition in Syrien: Damaskus wendet sich an UNO:

Das Außenministerium Syriens hat sich im Zusammenhang mit dem Tod friedlicher Bürger bei Luftangriffen der US-geführten internationalen Anti-IS-Koalition an die Uno gewandt, wie die amtliche syrische Nachrichtenagentur SANA berichtet.

„Syrien ruft den UN-Sicherheitsrat dazu auf, seine Verpflichtungen zur Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu erfüllen und den Verbrechen der internationalen Koalition gegen das syrische Volk Einhalt zu gebieten“, heißt es in diesem Schreiben.

Entsprechende Briefe sind laut der Agentur an den Sicherheitsrat und den UN-Generalsekretär António Guterres gerichtet worden.

Zuvor hatten die Medien von sechs Todesopfern bei einem Luftangriff der US-Koalition auf die Ortschaft Abu Kamal in der syrischen Provinz Deir ez-Zor berichtet.

de.sputniknews.com: Interview der russischen Medienholding-Gesellschaft WGTRK mit Wladimir Putin zu Reaktionen auf die US-Sanktionen (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

755 Mitarbeiter diplomatischer Missionen der USA werden Russland verlassen müssen, sagte Präsident Wladimir Putin am Sonntag im Interview mit der russischen Medienholding-

Gesellschaft WGTRK.

Aus der Sicht der Arbeit einer diplomatischen Behörde sei dies „ziemlich spürbar“, so Putin. „mehr als eintausend Mitarbeiter – Diplomaten und technische Mitarbeiter – haben in Russland gearbeitet und arbeiten immer noch. 755 werden ihre Arbeit in der Russischen Föderation stoppen müssen“, erläuterte der Präsident.

Russland verwehrt den US-amerikanischen Diplomaten ab dem 1. August den Zugang zu dem Erholungszentrum sowie zu mehreren von Botschaftsmitarbeitern genutzten Lagerräumen in der Hauptstadt. Zudem muss Washington bis zum 1. September die Zahl seiner Diplomaten in Russland bis auf 455 reduzieren.

Die Gegenmaßnahmen wurden als Antwort auf die am vergangenen Donnerstag vom US-Senat verabschiedeten neuen Sanktionen gegen Russland beschlossen. Diese treffen vor allem den Energiesektor und richten sich gegen alle Unternehmen, die sich an der Instandsetzung, der Modernisierung oder dem Ausbau russischer Exportpipelines beteiligen, darunter auch gegen europäische.

Russland habe sehr lange darauf gewartet, dass sich in den Beziehungen zu den USA etwas zum Besseren hin ändert, und darauf gehofft, aber anscheinend werde sich die Lage nicht so bald ändern, sagte Präsident Putin weiter.

Unter anderem erläuterte der Staatschef, warum Moskau auf das Sanktionsprojekt Washingtons geantwortet habe.

„Die amerikanische Seite hat wieder einen durch nichts provozierten Schritt unternommen, einen Schritt zur Verschlechterung der russisch-amerikanischen Beziehungen. Wir haben ziemlich lange gewartet, dass sich vielleicht etwas zum Besseren hin ändert, darauf gehofft, dass die Lage sich irgendwie ändert. Aber anscheinend wird sie sich nicht so bald ändern“, so Putin.

„Aber wir müssen, glaube ich, zeigen, dass auch wir nichts mehr ohne Antwort lassen werden“, fügte der Präsident hinzu.

Im Moment ist Wladimir Putin laut eigenen Angaben gegen Beschränkungen in jeglichen Bereichen der gemeinsamen Arbeit mit den USA.

Es gebe demnach Bereiche „unserer gemeinsamen Arbeit“, die man beschränken könnte, was wiederum „für die amerikanische Seite spürbar“ wäre, so Putin. „Aber ich bin der Meinung, man sollte das nicht tun“, fügte er hinzu.

Dem Staatschef zufolge wird dies der Entwicklung der internationalen Beziehungen schaden. Auch Russland werde dies einen gewissen Schaden bringen.

„Man kann sich theoretisch vorstellen, dass irgendwann der Augenblick kommt, wo der Schaden von Druckversuchen auf Russland mit den negativen Folgen vergleichbar sein wird, die mit bestimmten Beschränkungen unserer Kooperation verbunden sind“, so Putin weiter.

Falls solch ein Moment komme, könne Moskau „auch andere Antwortvarianten in Betracht ziehen“, betonte der Präsident und äußerte die Hoffnung, dass dies nicht geschehen werde.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31562/16/315621638.jpg>

vormittags:

de.sputniknews.com: USA bereiten Antwort auf Diplomaten-Ausweisung durch Moskau vor
Washington hat die Verringerung der Zahl der US-Diplomaten in Russland um 755 Personen kommentiert. Das US-Außenministerium bezeichnete Moskaus Entscheidung als „ungerechtfertigt“ und versprach eine Reaktion.

„Diese ungerechtfertigte Maßnahme ist bedauernswert. Wir wägen gerade die Auswirkungen einer solchen Reduzierung ab und wie wir darauf reagieren können. Zurzeit machen wir keine weiteren Kommentare“, sagte ein Vertreter des US-Außenministeriums...

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **achtmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Shelobok, Sokolniki und Slawjanoserbsk**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern. Zerstörungen von Gebäuden und Verletzte unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten gibt es nicht.

de.sputniknews.com: Türkische Truppen in Nordsyrien eingerückt – Kurden versprechen Reaktion – Medien

Türkische Truppen sind in den kurdischen Kanton Kobane im Norden Syriens einmarschiert. Dies meldet die kurdische Agentur ANHA.

Die türkische Armee rückte demnach in die Dörfer Bobene und Sifteke ein, im westlichen Teil des syrisch-kurdischen Kantons Kobane, und brachte am Sonntag dort ihre Truppen unter. Wie ANHA unter Verweis auf örtliche Medien meldet, verminen die türkischen Soldaten gerade die Gegend.

Kurdische Volksmilizen sollen bereits gewarnt haben, dass sie reagieren werden, sollten die türkischen Militärs Kobane nicht sofort verlassen.

Zuvor hatte die kurdische Nachrichtenagentur Hawar News berichtet, dass in der selbsternannten kurdischen Föderation Nordsyrien die Wahlen in verschiedene Selbstverwaltungsorgane angesetzt worden seien.

Die selbsternannte und de facto autonome Föderation Nordsyrien besteht aus den Kantonen Efrin, Kobane und Cizire. Die Region ist nicht völkerrechtlich anerkannt.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat die Unterstützung der Kurden durch die USA und andere Länder im Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat wiederholt scharf verurteilt. Die Kurdenmiliz YPG betrachtet er als Terrororganisation. Erdogan will zudem die Schaffung eines kurdischen Staates im Norden Syriens verhindern.

Ukrinform.ua: Georgien erwartet Auslieferung von Saakaschwili

Georgien hofft, dass Kiew ein Auslieferungsverfahren gegen Michail Saakaschwili nach seiner Rückkehr in die Ukraine beginnen wird.

Das sagte die georgische Justizministerin Teja Zulukani dem TV-Sender Imedi, berichtet Radio Free Europe/Radio Liberty. Ihr zufolge forderte Georgien eine Auslieferung von Saakaschwili schon 2014 und 2015. Saakaschwili werde unter anderem Veruntreuung von etwa 4 Millionen Dollar, Gewaltanwendung gegen einen Parlamentarier, die gewaltsame Auflösung einer friedlichen Demonstration im November 2007 und Beteiligung an einem

Angriff auf den TV-Sender Imedi vorgeworfen.

Im April 2015 lehnte die Ukraine die Auslieferung von Saakaschwili ab. Der Präsident der Ukraine hatte dem früheren Staatschef Georgiens und dem Gouverneur der Region Odessa die ukrainische Staatsangehörigkeit am 26. Juli entzogen. Saakaschwili war damals in den USA.

de.sputniknews.com: Russland respektiert Trump als Chef einer Supermacht – Rjabkow
Russland respektiert den US-Präsidenten Donald Trump als Chef einer Supermacht. Dies erklärte der Vize-Außenminister Russlands, Sergej Rjabkow, in einem Interview mit dem TV-Sender ABC.

„Wir respektieren den Präsidenten Trump als den Führer einer Nation, die in mehreren Sinnen des Wortes hinreichend supermächtig ist“, sagte Rjabkow.

Dabei hob er die Gefährlichkeit der Ereignisse hervor, die sich um das Thema „Russland als Instrument des Krieges gegen den Präsidenten Trump entwickeln. Dieses Thema wird von denjenigen aufgebauscht, die sich immer noch nicht damit abfinden können, dass sie und ihre Kandidaten bei den jüngsten Wahlen eine Niederlage erlitten haben.“

Im US-Kongress werden zurzeit unabhängige Ermittlungen wegen der angeblichen Einmischung Russlands in die US-Präsidentschaftswahlen – wo Trump gesiegt hat – durchgeführt. Ähnliche Ermittlungen werden auch vom FBI durchgeführt. In den US-Medien erscheinen ständig Meldungen, meistens unter Verweis auf ungenannte Quellen, über die Kontakte der Mitglieder des Wahlstabs von Trump zu russischen Beamten und Geschäftsleuten...

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **62 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Es wurden Mörser, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet“, teilte das operative Kommando der DVR mit. **23 Ortschaften der Republik** wurden von den ukrainischen Einheiten beschossen.

„Gestern gegen 17:00 gab es in **Kominternowo** einen Geschosstreffer in den Hof eines Wohnhauses. Es wurde ein Wirtschaftsgebäude und Haustiere getroffen“, teilte der Pressedienst der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks der DVR mit.

de.sputniknews.com: Moskau und Peking nähern sich an: Wie Westen auf Chinas Schiffe in Ostsee reagierte

Nach dem gemeinsamen russisch-chinesischen Manöver in der Ostsee und der Marine-Parade in St. Petersburg am vergangenen Sonntag, an der auch chinesische Schiffe teilgenommen haben, sprechen viele westliche Medien von einer verstärkten militärischen Zusammenarbeit zwischen Moskau und Peking.

So sah die US-Zeitung „The New York Times“ (NYT) hinter diesen Ereignissen den Wunsch, die „strategische Partnerschaft Chinas und Russlands“ hervorzuheben. Moskau und Peking betrachten sich, so das Blatt, als „überlegene Alternativen für westliche politische Modelle“. Die Länder bauen laut NYT ihre Militärkooperation aus, um zu zeigen, dass die Versuche des Westens, Russland und China zu isolieren, vergeblich sind.

Ein Kommentator des Magazins „The National Interest“ fragte sich wiederum, ob das Ostsee-Manöver nun zu einem offiziellen militärischen Bündnis zwischen Moskau und Peking führen werde. Experten halten zurzeit eine solche Allianz aber für unwahrscheinlich.

„Ein vollwertiges Bündnis sieht die schriftliche Verpflichtung vor, einander im Falle eines Militärkonflikts beizustehen“, sagte Wassili Kaschin, Mitarbeiter der russischen Hochschule für Wirtschaft, gegenüber der Zeitschrift. „In nächster Zukunft ist eine solche Vereinbarung aber unwahrscheinlich.“

Russlands Präsident Wladimir Putin hat bereits betont, dass Moskau und Peking noch keine Militärallianz eingegangen seien. Die russisch-chinesischen Übungen in der Ostsee seien ein gutes Beispiel dafür, wie Länder in beliebigen Teilen der Welt zusammenarbeiten können, betonte er weiter....

Das russisch-chinesische Seemanöver „Maritimes Zusammenwirken 2017“ hatte in der Ostsee vom 21. bis zum 28. Juli stattgefunden. Daran nahmen drei chinesische Kampfschiffe teil, darunter der Zerstörer „Hefei“. Auch bei der Marine-Parade am vergangenen Sonntag in St. Petersburg, der Präsident Wladimir Putin beigewohnt hatte, waren chinesische Schiffe dabei.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: US-Luftpolizei verdoppelt Zahl der Jets in Litauen

Während des russisch-weißrussischen Militärmanövers „Zapad 2017“ werden die USA ihre Militärpräsenz in Litauen erhöhen. Dies teilte die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė mit.

„Während der Übung ‚Zapad‘ werden mehr Soldaten, Technik und Schiffe der USA (in Litauen – Anm. d. Red.) stationiert. Die Mannschaftsstärke der Luftpolizei soll verdoppelt werden“, sagte Grybauskaitė in einem Videointerview.

Diese Maßnahmen zeigen laut der Staatschefin die „besondere Aufmerksamkeit“, die Washington der Region widme.

Das Manöver „Zapad 2017“ findet vom 14. bis zum 20. September in Weißrussland statt. Zuvor hatte das litauische Verteidigungsministerium einen Bericht zu Gefahren für die nationale Sicherheit erstellt, in dem die russisch-weißrussische Übung einen besonderen Platz einnimmt. In Minsk wies man den Bericht als „Fiktion“ zurück. Der Kreml bezeichnete ihn seinerseits als Zeichen einer „totalen Russophobie“, die von außen aufgedrängt werde. Später erklärte der lettische Außenminister Edgar Rinkevics, dass er bei den Gesprächen mit seinem weißrussischen Amtskollegen in Minsk alle Antworten auf seine Fragen zu „Zapad 2017“ erhalten habe.

Dabei ist bemerkenswert, dass das US-Außenministerium zuvor die russisch-weißrussische Übung als „übliche Sache“ bezeichnet hatte. Auch Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte zuvor betont, das Manöver stelle keine Bedrohung für die Mitgliedsstaaten dar.

Lug-info.com: Die Inbetriebnahme neuer Bohrlöcher wird es ermöglichen, die östlichen Gebiete von Lugansk tagsüber – von morgens bis abends – mit Wasser zu versorgen. Dies teilte der Zivilschutzminister der LVR Sergej Iwanuschkin mit....

Nachts wird es weiterhin kein Wasser geben.

de.sputniknews.com: Wer verlässt Russland? Über Schicksal von Diplomaten entscheidet Washington – Peskow

Die USA sollen selbst entscheiden, wer von den amerikanischen Diplomaten und Mitarbeitern in Russland weiterarbeiten und wer seine Arbeitstätigkeit einstellen wird, wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Montag sagte.

„Das ist eine Wahl der USA. Gestern, als Russlands Präsident Wladimir Putin gesprochen hat, erwähnte er Diplomaten und technische Mitarbeiter. Es handelt sich nicht nur um Diplomaten. Es gibt natürlich keine solche Zahl von Diplomaten. Es geht sowohl um Diplomaten als auch um Personen mit einem nichtdiplomatischen Status. Betroffen sind auch russische Bürger, die dort tätig sind und vor Ort angestellt worden sind“, so Peskow.

Peskow kommentierte auch eine Erklärung des ehemaligen amerikanischen Botschafters in Moskau, Michael McFaul, wonach die Entscheidung des russischen Präsidenten über die Verringerung der Zahl der US-Diplomaten in Russland dazu führen werde, dass die Russen in Zukunft deutlich länger als bisher auf Visa für Reisen in die USA warten müssten. „Dies wissen wir nicht. Ich kann nichts dazu sagen. Man sollte sich da an die Botschaft der USA wenden“, sagte er....

de.sputniknews.com: **Moskau erwägt „asymmetrische Maßnahmen“ zu Abriss von Sowjet-Denkmalern durch Polen**

Moskau wird asymmetrische Gegenmaßnahmen zu Polens Beschluss ergreifen, die Denkmäler für sowjetische Soldaten abzureißen. Das schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Montag unter Verweis auf einen Kommentar des Informations- und Presseamtes des russischen Außenministeriums.

„Die polnischen Behörden müssen sich im Klaren sein, dass ihr unfreundliches Vorgehen im Gedenkbereich nicht ohne Folgen bleibt. Gegenüber der polnischen Seite werden adäquate Gegenmaßnahmen asymmetrischen Charakters getroffen“, zitiert die Zeitung einen Auszug aus dem Kommentar.

Wie es heißt, wird das Thema des illegalen Abrisses von Sowjet-Denkmalern stets bei „Kontakten mit Polen, unseren ausländischen Partnern, im Rahmen der internationalen Organisationen, wie es die OSZE, der Europarat und die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) sind, aufgeworfen“.

Als mögliche Varianten für die Gegenmaßnahmen werden Sanktionen gegen polnische Politiker – die Autoren des Gesetzes – sowie eine deutliche Senkung des Niveaus der russisch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen genannt.

Laut dem Blatt sind auch wirtschaftliche Einwirkungsmaßnahmen sowie eine aktive Arbeit auf internationaler Ebene nicht ausgeschlossen.

Ende Juli hatte der polnische Präsident Andrzej Duda Änderungen am Gesetz zum Verbot der „Kommunismus-Propaganda“ unterzeichnet. Demnach sollen in Polen etwa 500 Denkmäler, die den „Kommunismus rühmen“, abgerissen werden.

Die entsprechende Initiative wurde vom polnischen Parlament bereits am 22. Juni gebilligt und wird drei Monate nach der Unterzeichnung durch Duda in Kraft treten.

Die neuen Maßnahmen erstrecken sich nicht auf Baudenkmäler und jene Denkmäler, die sich auf Friedhöfen bzw. Soldatenfriedhöfen befinden. Die anderen Monumente sollen innerhalb von zwölf Monaten nach dem Inkrafttreten der Änderungen abgerissen werden.

In der vorigen Woche hatten sich die russische Staatsduma (Parlamentsunterhaus) und die israelische Knesset (Parlament) an die europäischen Parlamentarier mit dem Aufruf gewendet, Polens Entscheidung, alle sowjetischen Denkmäler abzureißen, zu verurteilen.

Auch das russische Verteidigungsministerium reagierte auf den Beschluss Polens. Die Behörde startete das Projekt „Befreiung Polens. Preis des Sieges“, in dem erstmals einzigartige historische Dokumente vorgestellt werden, die den Ereignissen bei der Befreiung Polens zwischen 1944 und 1945 durch die Rote Armee gewidmet sind.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31681/67/316816701.jpg>

de.sputniknews.com: Warum Moskau auf US-Sanktionen noch vor deren Inkrafttreten antwortete – Kreml

Kremlsprecher Dmitri Peskow hat erläutert, warum Russland Gegenmaßnahmen auf die neuen US-Sanktionen ergriffen hat, noch bevor diese von US-Präsident Donald Trump unterzeichnet wurden.

„Es ist so, dass nachdem der Senat bzw. der Kongress einen Gesetzentwurf absegnet, man weiß, dass er automatisch und de facto Gesetz wird“, sagte Peskow am Montag gegenüber Journalisten. „Das heißt, selbst wenn der US-Präsident ihn nicht unterzeichnet, wird er trotzdem zum Gesetz.“

„Daher hatten wir eigentlich auf nichts zu warten. Alles war ziemlich offensichtlich“, betonte der Kremlsprecher weiter.

Für eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland sollten die USA auf ihr „Sanktions-Diktat“ verzichten und sich von ihrer „akuten politischen Schizophrenie“ erholen, so Peskow weiter....

de.sputniknews.com: Ex-US-Botschafter McFaul zu möglichen Folgen für Russen nach Diplomaten-Ausweisung

Der ehemalige US-Botschafter in Moskau, Michael McFaul, hat die Russen vor möglichen Schwierigkeiten bei der Ausstellung von US-Visa gewarnt, wenn Moskau die Zahl der US-Diplomaten kürzen wird.

„Wenn es tatsächlich zu dieser Begrenzung kommen wird, so müssen dann die Russen dazu bereit sein, dass sie wochen- oder monatelang auf US-Visa warten werden“, twitterte McFaul. Zugleich äußerte er in einem anderen Tweet seinen Zweifel daran, dass in Russland wirklich 755 US-amerikanische Diplomaten tätig seien – gerade diese Zahl wird laut Wladimir Putin Russland verlassen müssen....

**Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner achtmal das Regime der Feuereinstellung verletzt.
Mit Mörsern wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Shelobok**,**

Sokolniki, Slawjanoserbsk und Kalinowo beschossen.

Insgesamt haben die Straftruppen auf das Territorium der Republik 36 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

Die ukrainischen Streitkräfte verletzen systematisch die Bedingungen der Stationierung von schweren Waffen entlang der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind, und konzentrieren militärtechnisches Potential ihrer Einheiten in der Konfliktzone.

So wurde festgestellt, dass im Gebiet von Popasnaja eine Verlegung von zwei Artilleriegeschützen „Akazija“ im Richtung Solotoje erfolgt ist.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte verwendet weiter aktiv **Drohnen zur Sammlung von Aufklärungsdaten**. Ich erinnere daran, dass gemäß den Minsker Vereinbarungen die Verwendung von Drohnen entlang der Kontaktlinie verboten ist.

Dennoch stellt unsere Aufklärung regelmäßig deren Verwendung durch die ukrainischen Streitkräfte fest. So wurde gestern im Gebiet von Sokolniki eine Drohne bemerkt, die entlang der Abgrenzungslinie flog.

Es gehen weiter Informationen ein, dass die nicht ordnungsgemäßen Beziehungen und das niedrige Niveau der Disziplin in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte weiter anwachsen.

Es wurde bekannt, dass mit dem Ziel der Unterbindung des Alkoholgenusses unter den Soldaten der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte deren Kommandeur Schewtschenko den Kommandeuren auf allen Ebenen erlaubte, beliebige Maßnahmen gegenüber betrunkenen Soldaten zu ergreifen, bis hin zu Schlägen und Festhalten in sogenannten „Gruben“, bis sie völlig nüchtern sind.

Die Handlungen der Kommandeure haben in der Brigade unter dem Personal, gelinde gesagt, Unwillen hervorgerufen, was sich in offenem Ungehorsam der Soldaten und der Weigerung, Kampfaufgaben zu erfüllen, ausgedrückt hat.

Die **unmenschlichen Bedingungen** in den ukrainischen Streitkräften in der „ATO“-Zone, die **schlechte Versorgung** und der **herzlose Umgang** von Seiten des kommandierenden Personals gegenüber den Untergebenen wirkt sich auf den Personalbestand innerhalb der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte aus.

So weigert sich das Personal der 58. Brigade, Verträge über einen längeren Zeitraum als sechs Monate abzuschließen. Das Personaldefizit in der Brigade beträgt derzeit 60%.

de.sputniknews.com: Damaskus: Einige westliche Staaten bekämpfen Terror nicht, sondern investieren darin

Russland und Syrien verfügen über eine effektive alltägliche Koordinierung auf verschiedenen Ebenen, wie der syrische Vizeaußenminister Faisal Mekdad gegenüber Sputnik sagte.

„In dieser Etappe wird die Politik des Landes in zwei parallele Richtungen geführt. Zum ersten: der militärische Anti-Terror-Kampf. In diesem Bereich hat Syrien mit Unterstützung der russischen Verbündeten hervorragende Leistungen erreicht. Zum zweiten: eine politische Regelung“, so Mekdad.

Er erläuterte: „Wir haben an allen internationalen politischen Verhandlungen in Genf teilgenommen. Die Hauptschwierigkeit, auf die wir gestoßen sind, besteht darin, dass einige westliche Länder nicht gegen den Terrorismus kämpfen wollen. Sie würden es vorziehen, in diese Erscheinung zu investieren, die verängstigt und erschreckt.“

Der syrische Politiker ist der Auffassung, dass die westlichen Staaten die koloniale Herrschaft zurückbringen wollten. Die USA seien am meisten schuld an der Terror-Ausweitung und allen damit verbundenen Gräueln. Um ihre Stellungen zu festigen, agieren sie ihm zufolge widerrechtlich und ohne entsprechende Vereinbarungen mit internationalen Institutionen. In Bezug auf die gegen Syrien erhobenen Vorwürfe des Einsatzes von Chemiewaffen sagte Mekdad:

„Wir haben mehrmals zuständige Organisationen gebeten, eine Ermittlung durchzuführen.“

Aber die USA haben ein solches Herangehen abgelehnt. Sie wiederholen nur Attacken gegen Zivilisten. Zu dieser Frage sind russisch-syrische Gespräche durchgeführt und ein Plan für Gegenmaßnahmen erarbeitet worden, der im richtigen Moment verwirklicht wird.“

Die syrische Regierung arbeitet Mekdad zufolge mit 23 internationalen Nichtregierungsorganisationen zusammen, die ihre Tätigkeit mit den offiziellen Vertretern Syriens koordinieren. Diese Liste wäre größer, wenn alle gesellschaftlichen und humanitären Organisationen den Zivilisten wirklich helfen würden, anstatt diese Hilfe im Auftrag ihrer Sponsoren in den USA, Großbritannien und Frankreich den Terroristen zu gewährleisten, ist der Vizeaußenminister überzeugt.

de.sputniknews.com: Syrien: Regierungsarmee droht in IS-Falle zu tappen

Syrische Regierungstruppen stehen kurz vor der Offensive auf as-Suchna. Haben sie die Stadt befreit, wollen sie weiter in den Norden vorrücken, um die letzten Kämpfer der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) einzukesseln. Wird die syrische Armee as-Suchna ohne die Luftunterstützung der Russen rückerobert können?

Wer die Terrorfäden ziehe, der bestimme auch größtenteils die Lage in diesem Einsatzgebiet, erklärt der Militärexperte Alexander Schilin, ehemaliger Oberst der russischen Armee. „Die IS-Kämpfer sind schließlich nur das Mittel zum Zweck, nur ein Kriegsinstrument.“

Die Lage hänge davon ab, „welchen Befehl ihre Herren ihnen geben – also die US-amerikanischen und europäischen Geheimdienste und ihre Jungs aus den britischen Söldnerfirmen. Sie nutzen den Terror, damit es in Syrien keinen Frieden mehr gibt, damit die Kämpfe dort niemals aufhören“, sagt der Analyst.

Die Stadt as-Suchna mitten in Syrien ist strategisch sehr wichtig: Wer sie kontrolliert, hat Zugang zur Provinz Deir ez-Zor. Die Region an der Grenze zum Irak ist die letzte Hochburg des IS in Syrien, meldet die Agentur.

Das Oberkommando der syrischen Armee ist überzeugt: As-Suchna zu befreien, werde keine große Schwierigkeiten bereiten – auch ohne die Unterstützung durch die russische Luftwaffe. Derweil stehen in der Kleinstadt drei IS-Kämpfer einem Soldaten der syrischen Armee gegenüber, warnt der Experte Schilin: Die Regierungstruppen „werden as-Suchna selbstständig stürmen müssen. Das ist bei dem Kräfteverhältnis eine kaum lösbare Aufgabe“, sagt er der Agentur.

Und dann besteht noch die Gefahr von Störaktionen im Rücken der Regierungstruppen, sagt der Konfliktforscher Anton Mordassow vom russischen Institut für Innovationsförderung: „Diversionen sind sehr wahrscheinlich. Das ist beim ‚Islamischen Staat‘ inzwischen eine weitverbreitete Praxis, die auch Teil der Kämpferausbildung ist“, erklärt er.

„So graben sich kleine Grüppchen von drei, vier Mann in der Wüste ein und verüben dann Terroranschläge im rückwärtigen Armeegebiet.“

Wie die Agentur schreibt, wenden die Syrer die Einkesselungstaktik an, seitdem russische Militärberater in ihrem Land präsent sind – und zwar mit Erfolg: Die Befreiung Ost-Aleppos vom IS sei auch auf dieses Vorgehen zurückzuführen.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die ukrainische Seite verletzt weiterhin den Waffenstillstand.

In Richtung Donezk verwendet der Gegner weiterhin Panzer, Mörser und Schusswaffen. Auf **14 Ortschaften** und die umliegenden Gebiet wurden sieben Panzergeschosse sowie 14 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 51 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Gorlowka und Mariupol hat der Gegner auf **neun Ortschaften** und die umliegenden Gebiete 48 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen sowie aktiv

Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 62 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Die Situation bezüglich der Personalausstattung der Brigaden der ukrainischen Streitkräfte verschlechtert sich immer mehr. Es ist eine Vergrößerung der Anzahl von Soldaten zu bemerken, die sich weigern, sich an dem Bürgerkrieg zu beteiligen, den die Führung der Ukraine gern „Antiterroroperation“ nennt.

Im Juni wurde die 30. mechanisierte Brigade, die Aufgaben im Gebiet von Wolnowacha erfüllte, durch die 28. Brigade ersetzt und auf den Truppenübungsplatz in der Nowograd-Wolynskij-Garnison im Oblast Shtomir verlegt. Als die Bunker und Schützengräben gegen Zelte auf dem Truppenübungsplatz ausgetauscht wurden, beantragten mehr als 1200 Vertragssoldaten bei ihrem Kommando die Entlassung aus den Reihen der Streitkräfte der Ukraine. Die ausgedünnte 30. mechanisierte Brigade ist genau wie die 54. mechanisierte Brigade, von der ich früher sprach, nicht in der Lage, Aufgaben in der Zone der sogenannten „ATO“ zu erfüllen und die Einheiten an der Kontaktlinie abzulösen. Im Zusammenhang damit stehen die geplanten Rotationen, die vom Kommando der ukrainischen Streitkräfte durchgeführt werden, vor dem Scheitern.

Die Mehrheit der ukrainischen Soldaten, die trotz allem in die Schützengräben getrieben werden konnten, tun alles ihnen Mögliche, um keine Kampfaufgaben erfüllen zu müssen. So haben in der 28. mechanisierten Brigade Soldaten vorsätzlich 12 Fahrzeuge beschädigt, die für den Transport von Munition vorgesehen waren.

Außerdem wurde von unserer Aufklärung festgestellt, dass Treibstoff und Lebensmittel von Funktionsträgern dieser Brigade gestohlen werden, um sie im Weiteren an kommerzielle Organisationen zu verkaufen.

Unter Berücksichtigung der sich immer weiter verschlechternden Situation schickt das Kommando der sogenannten „ATO“ Banden radikaler Nationalisten in die problematischen Gebiete, um die Spannung aufrechtzuerhalten. So wurden in den Gebieten von Awdejewka und Marinka die Ankunft von Zügen von Terroristen des „Rechten Sektors“ bemerkt, die - im Unterschied zu vielen ukrainischen Soldaten - sehr wünschen, das Genozid und die Vernichtung der Bevölkerung des Donbass fortzusetzen.

Ich will die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft auf die folgende Tatsache lenken. Seit heute werden vom Kommando der ATO **Fahrten einiger Gruppen von Journalisten**, darunter auch ausländischer, in die Zone der Durchführung der „antiterroristischen Operation“ organisiert. Ziel der Anwesenheit dieser Gruppen ist die **Vorbereitung von gestellten Reportagen** über Beschüsse des von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territoriums, um im folgenden die Volksmiliz der DVR auf dem Hintergrund des für den 2. August 2017 in Minsk geplanten Treffens der Kontaktgruppe der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen.

de.sputniknews.com: **Darum gibt Moskau US-Diplomaten mehr Zeit für Ausreise als einst Obama den russischen**

Moskau hat eine längere Frist gesetzt, damit Washington entscheiden kann, welche US-Diplomaten Russland verlassen werden. Dies teilte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Montag mit. Den Diplomaten nur 72 Stunden einzuräumen, wie es die USA Ende 2016 mit ihren russischen Kollegen getan hatten, wäre laut ihm unmenschlich.

„Eine so spürbare Reduzierung (des diplomatischen Personals – Anm. d. Red.) in einem so kurzen Zeitraum zu verlangen, wie es mit unseren Diplomaten an Silvester der Fall war, wäre unmenschlich und nicht korrekt“, sagte Peskow am Montag gegenüber Journalisten. Daher habe Russland den Mitarbeitern der amerikanischen Missionen mehr Zeit zur Verfügung gestellt. Zuvor hatte Peskow auch betont, dass Moskau Washington die Entscheidung darüber überlasse, welche Diplomaten aus Russland abgezogen werden

müssen....

Ukrinform.ua: Außenminister Klimkin über Geschäfte mit Russland: „Wenn ihr ihnen die Hand schüttelt, zählt danach eure Finger“

Wegen des Skandals um die Lieferung von Gasturbinen des Konzern Siemens auf die von Russland besetzte Halbinsel Krim hat der Außenminister der Ukraine Klimkin die Krim-Politik als eine Schwachstelle der Weltdiplomatie bezeichnet.

In einem Gastbeitrag für die Welt schrieb Klimkin: „Es ist nun höchste Zeit, die rosafarbene Brille abzusetzen und der Realität ins Auge zu sehen: Die Krim-Politik ist eine solche Schwachstelle der Weltdiplomatie.“ Für den Konzern Siemens und andere Unternehmen, die Geschäfte mit russischen Staatsbetrieben führen wollen, hat der Minister einen Ratschlag: „Wenn ihr ihnen die Hand schüttelt, zählt danach eure Finger.“

Klimkin betonte weiter, dass die Ukraine seit der Krim-Annexion „auf allen internationalen Foren immer wieder ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass die infolge der russischen Aggression gegen die Ukraine verhängten Sanktionen von manchen Großunternehmen nicht strikt befolgt werden könnten.“ Diese Befürchtung sei aber „ungehört“ geblieben. „Umso schwerer wiegt der mit dem Fall Siemens verbundene Vertrauensbruch.“ „Die Kreativität, mit der hier nach Wegen gesucht wurde, die Sanktionsbestimmungen zu umgehen, gibt zu denken“, schreibt der Außenminister weiter. „In dem dreijährigen Ringen um die Umsetzung des Minsker Abkommens mussten die Ukraine und ihre westlichen Partner im Normandie-Format auf bittere Weise nachvollziehen, was Realpolitik „auf Russisch“ bedeutet.“

Der Minister ist der Meinung, dass der Siemens-Vorfall auch die gesamte Sanktionspolitik gegenüber Russland auf den Prüfstand stelle. „Und hier wird die Ukraine zusammen mit der Bundesregierung und den europäischen Institutionen alles dafür tun, dass der Vertrauensverlust mit all seinen schweren Konsequenzen in eine gemeinsame, konsequentere Haltung der Weltgemeinschaft in der Frage der Krim-Annexion umgewandelt wird.“

de.sputniknews.com: USA kehren auf den Balkan zurück

Der in dieser Woche beginnende Besuch des US-Vizepräsidenten Michael Pence in Montenegro kennzeichnet im Grunde die Rückkehr der Vereinigten Staaten auf den Balkan, wo sie in den vergangenen Jahren de facto den Rückzug angetreten hatten, schreibt die Zeitung "Kommersant" am Montag.

Das bestätigte quasi der Balkan-Beauftragte des US-Außenministeriums, Hoyt Brian Yee, in einem Rundfunkinterview. „Wir bemühen uns um die Unterstützung der Länder auf dem Westbalkan in ihrem Kampf gegen den negativen Einfluss Russlands oder auch anderer Länder. Wir wollen sicher sein, dass es Russland und jedem anderen Akteur schwer fallen würde, die Außen- und Innenpolitik des Balkans zu beeinflussen“, betonte der stellvertretende Assistent des US-Vizeaußenministers.

Auch der Weg, auf dem die USA in die Region zurückkehren werden, wurde bestimmt: durch die Nato-Expansion. Nicht umsonst besucht Pence ausgerechnet Montenegro, das im Juni in die Allianz aufgenommen wurde. Außerdem wird er sich am 2. August in Podgorica an einem US-Adria-Gipfel beteiligen. Dieses Forum wurde 2003 zur „Koordinierung der Aktivitäten und Unterstützung der Länder“ gegründet, „die an der Nato-Mitgliedschaft interessiert sind“. Kennzeichnend ist auch, dass dieser Gipfel nicht nur von Montenegro, sondern auch von Mazedonien organisiert wird, das durchaus das nächste Nato-Mitglied werden könnte. Das Bündnis wollte Mazedonien noch 2009 – gleichzeitig mit Kroatien und Albanien – aufnehmen. Aber damals klappte das aufgrund des langjährigen Streits zwischen Skopje und Athen wegen des Namens des mazedonischen Staates nicht: Griechenland will nicht, dass er Mazedonien heißt. Die im Mai an die Macht in Skopje gekommene Regierung Zoran Zaevs

besteht aber auf einer möglichst intensiven EU- und Nato-Integration und ist offenbar zu gewissen Zugeständnissen bezüglich des Namens des Landes bereit. Auch in Athen, das der mazedonische Außenminister Nikola Poposki vor Kurzem besuchte, schließt man Kompromisse nicht aus.

Laut Umfragen befürworteten etwa 80 Prozent der Mazedonier die Idee des Nato-Beitritts. Aber genauso viele Einwohner wollen nicht, dass ihr Land umbenannt wird. Es wird wohl die schwierigste Aufgabe für die Behörden in Skopje und für Brüssel – im Rahmen der Nato – sein, die Mazedonier zur Umbenennung ihres Landes zu überreden.

Als Beobachter wird sich Serbien an dem bevorstehenden US-Adria-Gipfel beteiligen. Offiziell hat Belgrad kein Ziel, Nato-Mitglied zu werden, und betont immer wieder seine neutrale Position zwischen Brüssel und Moskau. Allerdings wirkt Serbien viel intensiver mit den Nato-Ländern als mit Russland zusammen. Bei seinem jüngsten Besuch in Washington wurde der serbische Präsident Aleksandar Vucic mit der Frage konfrontiert, auf wessen Seite er in der Konfrontation zwischen Russland und dem Westen stehe. Ähnliche Fragen wird Pence beim bevorstehenden Treffen in Podgorica wahrscheinlich auch den serbischen Vertretern stellen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31682/09/316820946.jpg>

de.sputniknews.com: Nach Überflug-Eklat: Rumäniens Außenminister verweigert Transitstopp in Moskau

Nach dem Skandal um das Flugzeug mit dem russischen Vizepremier Dmitri Rogosin, das Rumänien neulich in der Luft zum Abdrehen gezwungen hatte, hat nun der rumänische Außenminister Teodor Melescanu auf dem Weg nach Kasachstan keinen Transitstopp in Moskau gemacht. Laut Bukarest ist der Schritt jedoch nicht politisch motiviert.

Der Grund sei die Änderungen im Flugplan der russischen Fluggesellschaft Aeroflot, teilte die Pressestelle des rumänischen Außenministeriums am Montag mit.

„Das Flugprogramm des Ministers wurde im Voraus – noch vor Freitag – bestimmt. Doch wegen der Änderungen im Flugplan wurde der Umstieg unmöglich. Das ist der Grund“, hieß es am Montag von der rumänischen Seite.

Zuvor am Montag hatte der russische Vizepremier Dmitri Rogosin die Meinung geäußert, dass der rumänische Minister „sicherheitshalber“ eine andere Route gewählt habe.

Rogosin war am Freitag mit einem zivilen Linienflug der Fluggesellschaft S7 nach Moldawien unterwegs, als Rumänien plötzlich den Überflug verwehrte. Die Maschine mit

insgesamt 165 Passagieren, darunter elf Kindern, musste abdrehen und nach einem passenden Landeplatz suchen. Schließlich landete sie sicher in der weißrussischen Hauptstadt Minsk. Die Delegation mit Rogosin an der Spitze sollte an den Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Friedensmission in Transnistrien teilnehmen.

„Nun macht euch auf eine Antwort gefasst, ihr Halunken“, twitterte Rogosin am Freitag nach dem Vorfall.

Rogosin ist der Kreml-Beauftragte für die Beilegung des Transnistrien-Konflikts in Moldawien und Co-Vorsitzender einer russisch-moldawischen Regierungskommission. Rumänien begründete das Überflugverbot unterdessen damit, dass Rogosin auf einer westlichen Sanktionsliste stünde.

Dan-news.info: Es wurde ein vorläufiger Zeitplan von Märkten mit gesenkten Preisen erstellt, teilte das Ministerium für Industrie und Handel der DVR mit. Es ist geplant, im August 151 Märkte in 18 Ortschaften der Republik zu organisieren.

Im ersten Halbjahr waren in der DVR 558 solcher Märkte organisiert worden, wo es möglich ist, Waren zu Preisen, die 5 bis 25% unter den Marktpreisen liegen, zu kaufen. In diesem Zeitraum wurden 635 Tonnen Waren für eine Gesamtsumme von 45,65 Mio. Rubel umgesetzt.

de.sputniknews.com: Vorwürfe wegen Nordkorea haltlos: Russland zeigt USA mit eigener Roadmap die Stirn

Die Versuche der USA und einiger anderer Länder, Russland und China für die Situation um Nordkoreas Raketen- und Atomprogramm verantwortlich zu machen, sind laut dem russischen Außenministerium unbegründet.

„Wir rufen alle beteiligten Seiten dazu auf, von jeglichen Schritten, die zu einer weiteren Zunahme der Spannungen führen könnten, Abstand zu nehmen, und schätzen die Versuche der USA und einiger anderer Länder, Russland und China für das Geschehen verantwortlich zu machen sowie Moskau und Peking beinahe vorzuwerfen, die Raketen- und Atomambitionen Nordkoreas zu fördern, als grundlos ein“, heißt es am Montag aus dem Außenministerium in Moskau.

Zugleich ist die russische Seite laut der Behörde sehr besorgt über die jüngste Entwicklung der Situation auf der Koreanischen Halbinsel nach dem jüngsten Start einer ballistischen Rakete vom 28. Juli, der unmittelbar gegen die entsprechenden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates verstoße.

„Gleichzeitig wachsen auch die militärischen Aktivitäten der USA, der Republik Korea und Japans immer mehr. Washington setzt in der Subregion den Kurs auf die Aufstellung von Elementen seines globalen Raketenabwehrsystems durch.“

Wie es heißt, haben gerade Russland und China eine Roadmap konzipiert, die keine Gewaltanwendung oder Androhung davon sowie eine umfassende Lösung aller Probleme der Koreanischen Halbinsel vorsieht, darunter auch auf politisch-diplomatischem Wege, mittels Dialog ohne Vorbedingungen.

„Wir fordern alle interessierten Seiten dazu auf, ein eingehendes Gespräch über gemeinsame Anstrengungen zur Regelung der Situation auf Basis der Roadmap unverzüglich aufzunehmen“, so das Außenministerium.

Pjôngjang hatte in der Nacht auf Samstag erneut eine Interkontinentalrakete testen lassen, die US-Experten zufolge nicht nur Alaska und Hawaii, sondern auch Städte an der US-Westküste wie Los Angeles und San Francisco erreichen könnte.

Laut dem russischen Verteidigungsministerium stieg die Rakete 681 Kilometer in die Höhe, flog 732 Kilometer weit und schlug dann im Japanischen Meer ein. Nach Angaben der Behörde in Moskau entsprachen die Flugparameter eher den Eigenschaften einer

Mittelstreckenrakete.

Av-zakharchenko.su: Am Montag, dem 31. Juli fand in der Donezker staatlichen medizinischen Gorki-Universität die feierliche Verleihung von Diplomen der RF an Absolventen der Hochschule statt.

Ihre Urkunden erhielten 64 Absolventen des Jahres 2015, die wegen der aktiven Kämpfe gezwungen waren, sofort nach dem Studium ihre beruflichen Pflichten aufzunehmen. Die jungen Spezialisten blieben nicht bei dem Erreichten stehen, sie ergänzten ihren Abschluss in der staatlichen medizinischen Universität Nordossetiens. Die jungen Leute absolvierten in diesem Jahr erfolgreich die staatliche Prüfung. Sechs Absolventen aus der Republik bestanden ihre Diplome mit Auszeichnung.

Die Dokumente erhielten die Absolventen vom Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko, dem Präsidenten der Republik Südossetien Anatolij Bibilow, dem Abgeordneten der Staatsduma der RF Kasbek Tajsajew, dem Vizepremier der DVR Dmitrij Trapesnikow und der Bildungs- und Wissenschaftsministerin der DVR Larissa Poljakowa. Als er den jungen Spezialisten dankte, ging Alexandr Sachartschenko auf die Wichtigkeit des Arztberufs für das Land ein.

„Die Notwendigkeit Ihres Berufs kann kaum überbewertet werden. Ärzte und Pädagogen sind die bedeutsamsten und notwendigsten Berufe. Dass Sie russische Diplome erhalten haben, war für uns eine Frage der Ehre, dies ist ein kleiner Teil des Respekts gegenüber Ihrem Beruf, den wir deutlich machen müssen. Im Jahr 2015 war dies schwierig, viele von Ihnen, junge Leute, gingen in den Kampf, um Verletzten zu helfen. Als Militär bewerte ich das sehr hoch. Ihr Beruf erfordert unglaublichen Mut. Bei uns gibt es eine junge Frau – eine Heldin der DVR, eine Militärärztin, sie brachte 364 Menschen vom Kampffeld weg. Die junge Frau hat mit ihrem 40 Kilogramm Soldaten getragen! Ihre Aufgabe ist es, Leben zu retten und zu geben. Für mich und für alle übrigen Soldaten ist der Beruf der Arztes der heiligste. Gerade am Niveau der Medizin kann man den Erfolg und die Entwicklung eines Staates beurteilen. Glauben Sie mir, heute bringen wir riesige Anstrengungen auf, damit die Menschen in weißen Kitteln angemessen leben können und auf ihren Beruf stolz sein können. Diese Arbeit wird weitergehen. Hierher gehören sowohl Wohnungen, die an junge Ärzte vergeben werden, als auch eine geplante Zulage von 10% zum Lohn. Die Reform des Gesundheitswesens wird auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ausgerichtet sein. Ich träume davon, dass alle, die diese Hochschule abgeschlossen haben, in der Republik bleiben und dort arbeiten.

Ich möchte dem gesamten Lehrpersonal der Donezker medizinischen Universität, dem Rektor und unserem wahren Kampfgenossen Kasbek Kuzukowitsch Tajsajew für die unschätzbare Hilfe für unsere Studenten und Nord- und Südossetien für die gute Aufnahme unserer Kinder danken. Dank dieser Menschen ist es gelungen, die Wand, die uns irgendwann einmal getrennt hat, einzureißen.

Liebe Absolventen, ich gratuliere zum Festtag! Danke für all die Studienjahre, sie hätten froh, studentisch sein sollen, doch der Krieg kam. Ich gratuliere Ihnen mit Stolz zum Eintritt in ein neues Leben. Ich bin überzeugt, dass Sie nach einiger Zeit selbst Absolventen gratulieren werden“, sagte das Republikoberhaupt.

Alexandr Sachartschenko wünschte den jungen Spezialisten, dass diese niemals von ihrem Beruf enttäuscht sein werden und ihre Patienten nicht nur mit Hilfe von Wissen und Fähigkeiten heilen werden, sondern auch mit Hilfe eines guten Herzens.

Kasbek Tajsajew erwähnte in seinem Beitrag das Verdienst Alexandr Sachartschenkos im Bereich der Entwicklung der Bildung und des hohen Wissensstands der Studenten der DVR. „Nach Ihrer Prüfung wurde mir in der nordossetischen Akademie gesagt, dass sie angenehm überrascht über den Wissensstand der Donezker Studenten waren. Ich bin sehr froh, dass Sie so gelobt wurden, liebe Absolventen. Das Oberhaupt der DVR hat eine Aufgabe gestellt und

dank der Anstrengungen aller wurde sie erfolgreich ausgeführt. Sie haben eine große Tür für alle Absolventen der DVR eröffnet. Jetzt können auch andere Hochschulen Nordossetiens Diplomprüfungen annehmen: die landwirtschaftliche Akademie, das Bergbau- und metallurgische Institut und andere Hochschulen des Landes“, sagte Kasbek Tajsajew. „Heute finden zwischen der DVR und Ossetien (das wir nicht aufteilen) tiefe Integrationsprozesse statt. Eines der grundlegenden Gebiete ist die Bildung. Alexandr Wladimirowitsch hat große Pläne auch zu einer breiten Ausbildung von Medizinern und zur Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen. Ich bin überzeugt, dass es ihm gelingen wird, diese Pläne zu realisieren. Generell will jedes Volk, jeder Staat, dass an seiner Spitze ein Patriot steht. Alexandr Wladimirowitsch kann man zu Recht einen solchen Patrioten nennen. Dabei ist er auch Patriot der Republik Südossetien und Russlands und der gesamten russischen Welt“, sagte Anatolij Bibilow. Alexandr Sacharschenko gratulierte auch den Lehrern zu den Erfolgen. Das Republikoberhaupt überreichte das erste medizinische Doktordiplom der DVR an den Prorektor für wissenschaftliche Arbeit der Hochschule Andrej Kolesnik. Weitere fünf Mitarbeiter der medizinischen Universität erhielten den Grad eines Kandidaten der medizinischen Wissenschaften.

de.sputniknews.com: Ukraine will Tschernobyl-Objekte vermieten

Der Fonds des Staatsvermögens der Ukraine hat auf seiner Homepage die Vermietung eines Teils des Kernkraftwerkes Tschernobyl angekündigt.

„Der Fonds des Staatsvermögens der Ukraine bietet ein unbewegliches Eigentum – einen Teil des Ingenieurbauwerks des Kühlungssystems von Objekten des Kernkraftwerkes Tschernobyl – zur Vermietung an. Die Gesamtfläche beträgt 2,5 Millionen Quadratmeter“, heißt es in der Mitteilung.

Die Vermietungsdauer sei auf 49 Jahre begrenzt. Die Räume sollen für die Stationierung einer 100-MW-Photovoltaik-Freiflächenanlage vermietet werden.

Im Juni 2017 hatte es eine Rauchentwicklung im Block 3 des Unglücks-Kernkraftwerks in Tschernobyl gegeben.

Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl ereignete sich am 26. April 1986 in Block 4 des Kernkraftwerks nahe der ukrainischen Stadt Prypjat. Auf der siebenstufigen internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse wurde sie als erstes Ereignis der Kategorie katastrophaler Unfall eingeordnet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31682/46/316824695.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: Original-Vereinbarung über Ukraine-Regelung „verschwunden“ – Anwaltschaft

Die Originale der Vereinbarung über die Regelung der Ukraine-Krise vom Jahr 2014 mit der Opposition sind aus der Administration des ukrainischen Präsidenten verschwunden. Dies teilte die Pressestelle der Anwaltskammer, die die Interessen des Ex-Staatschefs Viktor Janukowitsch verteidigt, mit.

Demnach schließt die Anwaltskammer nicht aus, dass die Dokumente absichtlich vernichtet wurden.

„Wir haben die Information erhalten, dass die Originale der Vereinbarung über die Regelung der Ukraine-Krise vom Jahr 2014 verschwunden sind, und wir schließen nicht aus, dass diese absichtlich vernichtet werden konnten“, geht aus der Mitteilung hervor.

Diese Information habe man direkt aus der Administration des ukrainischen Präsidenten erhalten.

[Ukrinform.ua: Präsident Poroschenko unterzeichnet Gesetz über Verfassungsgericht](#)

[Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat das Gesetz „Über das Verfassungsgericht“ unterzeichnet.](#)

[Das meldet die Pressestelle des Staatschefs.](#)

[Nach den Worten von Poroschenko ist das Gesetz ein Bestandteil der Gerichtsreform im Land. Das Staatsoberhaupt betonte zwei grundsätzliche Neuerungen im Gesetz. Das seien ein „absolut transparentes Auswahlverfahren von Kandidaten“ für die Richterposten und Möglichkeiten für jede juristische oder natürliche Person, eine Verfassungsbeschwerde einzureichen. Jeder Mensch, der meint, dass das in seinem Fall von einem gewöhnlichen Gericht angewendete Gesetz verfassungswidrig ist, könne die Verfassungsbeschwerde beim Verfassungsgericht erheben.](#)

[Das neue Gesetz verbessert „deutlich das Schutzniveau der konstitutionellen Rechte und Freiheiten der Bürger“, so Poroschenko.](#)

de.sputniknews.com: Tschernobyl zur Vermietung: Kiew-Initiative kommt Ukrainern teuer zu stehen – Experte

Die Entscheidung der ukrainischen Behörden über die Vermietung eines Teils des Kernkraftwerkes Tschernobyl ist laut dem Experten Stanislaw Mitrachowitsch eher eine politische PR-Aktion. Wie er gegenüber dem Portal „rueconomics“ sagte, sind Einspeisevergütungen eine Hürde dafür, dass diese Initiative ein nützliches Projekt sein wird.

„Die Suche Kiews nach Investoren für den Bau der Kraftwerke in der Sperrzone von Tschernobyl führt vor allem aus wirtschaftlichen Gründe zu nichts. Die deutschen Konsumenten zahlen beispielsweise für die ‚umweltfreundliche‘ Energie hohe Tarife – ihre Gewinnung durch erneuerbare Energien hat einen hohen Selbstkostenpreis“, so der Experte. Die Energietarife in der Ukraine wachsen ihm zufolge rapide und ohne Einspeisevergütungen können viele Bürger kommunale Dienstleistungen nicht bezahlen. Unter diesen Bedingungen könne ein Investor die Einführung von Ausgleichstarifen für sich selbst nicht fordern, weil das Einkommen der Bevölkerung rapid sinke.

„Die Entwicklung der Alternativenergie ist nur für reiche Länder typisch“, erläuterte er.

Zuvor hatte der Fonds des Staatsvermögens der Ukraine die Vermietung eines Teils des Kernkraftwerkes Tschernobyl angekündigt.

Der ukrainische Ministerpräsident Wladimir Groisman hatte im April 2017 mitgeteilt, dass der Bau der ersten Photovoltaik-Freiflächenanlage in der Tschernobyl-Zone bald eingeleitet werden solle. Dieses Projekt sei „eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung“. Damals hatte auch der ukrainische Minister für Ökologie und Naturressourcen der Ukraine, Ostap Semerak, gesagt, dass erste erneuerbare Energien aus der Sperrzone bereits noch in der ersten Jahreshälfte geliefert werden solle. Bisher habe es keine Berichte über den Start solch einer Station gegeben....